

## Staatsphobie und Gewaltakzeptanz

**G 20 in Hamburg - das wirkt auf mich im Nachhinein wie eine fiese Mischung aus Krieg und Karneval, mit einer extremen Herausforderung an den Staat: gleichzeitig Sicherheit für den hohen Besuch *und* die Stadt zu gewährleisten und sich dabei einer Ballung von risikoträchtigen Phänomenen gegenüberzusehen: einer paramilitärischen Vorbereitung durch die radikale Szene und der Anreise eines internationalen Netzwerks von „Casseurs“ bei gleichzeitigem Massenaufmarsch von Gipfel-Kritikern, deren Anliegen von breitesten Teilen der Öffentlichkeit *unterstützt* wird.**

Auch bei mir in Altona hieß es: „Auf welche Demo gehst du denn?“ (Antwort: „Ich demonstriere nicht unabhängig von klaren Zielsetzungen.“) Aber „man“ musste „da einfach hin“, so das verbreitete Gefühl in dem mir vertrauten Milieu; und das eben ist jener sich in unserer Zeit immer häufiger einstellende Karnevals-Effekt hinsichtlich politischer Groß-Ereignisse: Da ist was los, und Dabeisein ist alles. Es geht eher um eine mentale Identifikation und Solidarisierung als um eine politisch reflektierte Parteinahme. Es geht um Stimmungsdemokratie und einen Ziele-Pluralismus: Du bist für die Flüchtlinge, ich bin gegen die Banken, und gemeinsam sind wir für eine gerechtere Welt. Eine programmatische Verständigung zwischen den Teilnehmern A und B ist nicht mehr erforderlich. Sie kennen sich nicht, treten nur punktuell gemeinsam auf und machen dennoch machtvoll „Bildpolitik“, das unvermeidliche Selfie inklusive. Die Welt hört zum ersten Mal von Entenwerder. Politische Wirkung ohne Beitritt, Gesellung ohne Bindung, Auftrittsgenuss ohne Reue. Das hat ganz viel mit autonomer Selbstinszenierung zu tun, und es ist als Verhaltensschablone wahrscheinlich nicht denkbar ohne seine digitale Einübung. Insofern ist das, was sich auf der Straße abspielt, im analogen Raum (aus-)gelebte Digitalität.

Aber - und hier widerspreche ich Jan Philipp Reemtsma mit seinem ZEIT-Interview vom 9.7.17 - wir können nicht einfach sagen: „Das hat mit Politik nichts zu tun“ (so der Titel dort). Die wohltuende Nüchternheit, aus der heraus Reemtsma die gekünstelte Empörung über die G-20-Krawalle entlarvt, kollidiert mit seiner Achtundsechziger-Überheblichkeit, dem Protestkult das Politische abzusprechen. Es ist politik-theoretisch geradezu verantwortungslos, das, was politisch motiviert ist, nur deshalb aus der Politik hinauszudefinieren, weil es irrational und jugendlebensweltlich daherkommt - so, wie es einst ein Fehler war, der „Roten Armee-Fraktion“ die politischen Motive abzusprechen und sie als „gewöhnliche Verbrecher“ abzuqualifizieren. Das war und ist reine Staatspolemik. Sie bringt nichts. Sie macht uns dumm für die wirkliche Dimension des Problems. Und wenn wir uns dumm machen, können wir keine zielgenauen präventiven Strategien entwickeln, anti-zivilen, rechtsstaatsfeindlichen Verhaltensweisen entgegenzuwirken. Doch keine Sorge: Wir adeln die Gewalt nicht dadurch, dass wir ihre spezifisch politische Motivation anerkennen. Das Prädikat „politisch“ ist kein Freifahrtschein.

Die neue und gewiss fatale Form von Mitmachdemokratie sollten wir nicht einfach verständnislos denunzieren, weil sie ja auch ein Produkt der gereiften Zivilgesellschaft ist, die beginnt, sich vom steifen Parteienwesen zu emanzipieren und wesentlich inklusiver ist als letzteres. Aber sie hat auch ihre Tücken, und eine davon ist das Auseinander-treten von Aktion und Verantwortung. Man schaltet sich kurzfristig spielerisch ein und tritt danach wieder zurück in den eigenen Lebensalltag.

Das ist für Polizei, Politik und Politologie gleichermaßen eine Herausforderung. Denn Gruppenstrukturen sind kaum erkennbar, und sie sind auch nicht mehr nötig. Wenn die sozialistischen „Falken“ zum Großereignis in Hamburg noch in Formation auffahren, sind sie von der Form her eher die Traditionsbewahrer mit einer Binnenkultur, die wertvolle Kontrollfunktionen haben kann. Aber das G-20-Eventangebot, in der „Hamburger Morgenpost“ als Palette ausgebreitet, von friedlich bis riskant (!), macht die Zuordnung zu einer demonstrationsvorbereitenden Gruppe überflüssig. Viele Menschen sind nicht zu der Demo „Hamburg zeigt Haltung“ gegangen, weil ihnen diese Demo als „zu langweilig“ erschien. Das heißt: die Faszination geht von der Militanz aus, und zwar auch für solche Menschen, die selber keine Gewalt anwenden. Wenn sogar die „Morgenpost“ auf den Veranstaltungsbeginn jener Demonstrationen hinweist, die vermutlich unfriedlich verlaufen werden, ist die Mitmachschwelle für Menschen aus dem links-liberalen bis links-alternativen Spektrum deutlich gesenkt.

Und genau *hierüber* muss genauer nachgedacht werden, weil sich im Kopf der Partizipierenden offenbar Kriterien durchsetzen, die mit politischer Seriosität nichts zu tun haben, sondern eher mit „Abenteuer“. Die Erlebnisgesellschaft steuert das Verhalten also eher als das politische Verantwortungsbewusstsein, und die Boulevardpresse spielt das Spiel mit. Interessanter ist auch für Leute ohne Hass auf den Staat die Demo, auf der es eventuell knallen könnte. Ich nehme an, dass wir in der tieferen Analyse zu einer schwerwiegenden Einsicht kommen werden: Rechtsstaatliche Bewertungsstandards relativieren sich in den Köpfen eines Teils der Beteiligten, weil man – wie beim Karneval – zeitweilig Regeln verletzen darf. Das Hamburger Schanzenviertel hat für viele inzwischen den Nimbus, der quasi sakrale Ort eines solchen Ausnahmezustands zu sein, und man fährt dort gern mal hin, um – wie in Berlin-Kreuzberg und anderswo – das revolutionäre Prickeln zu spüren.

Das finden besonders Leute „schick“, die sich für progressiv halten und dabei eine unreflektierte Staatsphobie in ihr politisches Selbst integriert haben. Und wenn dann die wichtigsten Staatsführer der Welt „nebenan“ tagen, ist das für den in dieser Seele eingebauten Linkspopulismus die herrlichste Gelegenheit, ganz laut und alle zusammen NEIN zu sagen. Die Pauschalität des Vorurteils gegen „die Mächtigen“ kann sich in der Abstraktheit eines Weltgipfels spiegeln, der über „alles Mögliche“ zu gehen scheint – wenn man sich nicht richtig informiert. Unterschätzt wird oft, wie stark sich bestimmte links-alternative Kreise aus der differenzierteren Nachrichtenversorgung

ausgeklinkt haben und wie sehr bei ihnen ein verdrossener Skeptizismus und Zynismus dominiert. Es ist übrigens genau dieser Zynismus, den Emmanuel Macron in der Auseinandersetzung mit der französischen Systemopposition anprangert.

Das zusammen, so scheint mir, ist der mentale Kontext und Hintergrund, vor dem sich die eigentlich radikalen politischen Gewaltenergien entladen können. Und wir werden uns schwer tun damit, den oben skizzierten Demo-Hedonismus zur Gewalteindämmung aufzurufen, wenn wir ihm nicht erklären können, was er konkret zu tun hat, und wenn wir ihm nicht nachweisen können, dass er in der Aktion regelrechter Rückzugsraum für Gewalttäter werden kann. Gerade die Diffusität der Lage hat manche Polizeibeamten in Versuchung gebracht, auch friedliche Demonstranten hart anzugehen. Und wir dürfen ja nicht vergessen: Wo ein junger Mensch zum ersten Mal durch eine Polizeibegegnung traumatisiert wird, entsteht eventuell eine Voreingenommenheit, die wir auch durch hundert Politikstunden im Schulunterricht nicht mehr wegbekommen.

Über die jetzt notwendigen Klärungen zur Aufarbeitung des Geschehenen hinaus scheint mir eine der wichtigsten Fragen zu sein, wie wir in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für das fatale Wechselspiel zwischen Staatsphobie, Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft schaffen.

Und in einem inner circle von politisch nachdenklichen Menschen müsste es darum gehen, Szenarien der Entwicklung unserer politischen Großstadt-Öffentlichkeiten und ihrer subkulturellen Milieus zu formulieren, um daraus Bildungs-, aber auch Sicherheits-Strategien zu entwickeln.

Kurt Edler